BESCHLÜSSE

des außerordentlichen Landesparteitags
der FDP Baden-Württemberg
am 7. Mai 2011 in Stuttgart

Beschluss des Landesparteitags am 07. Mai 2011

Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbessern, GEZ effizient und nutzernah ausgestalten!

Die FDP bekennt sich zur Bestands- und Entwicklungsgarantie, zur Garantie der Staatsferne und Unabhängigkeit und zu einer durch unabhängige Instanzen zu überprüfenden Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir setzen uns für eine möglichst breite Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seines Finanzierungssystems durch die Bürger ein.

Die geplante Regelung bringt erhebliche Mehrbelastungen für den Mittelstand mit sich, wirft neue datenschutzrechtliche Fragestellungen auf, berücksichtigt den Jugendschutz im Internet unzureichend und setzt Anreize zur Ausweitung von Bürokratie. Deshalb fordert der Landesparteitag die FDP/DVP-Landtagsfraktion auf, dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorläufig nicht zuzustimmen.

Wir halten die Abschaffung der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) im Rahmen des 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrags ab 2013 für sachgerecht. Die Entbürokratisierungsrendite aus der Umstellung der Gebühren im kurz vor der Verabschiedung stehenden 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag muss dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Gebührenzahlern zu Gute kommen. Gleichzeit ist die Abkehr vom Geräteprinzip konsequent umzusetzen und alle gewerblichen Fahrzeuge sind von der Haushaltsabgabe freizustellen. Die Haushaltsabgabe ist über die Finanzämter einzuziehen. Dazu bedarf es keines zusätzlichen Personals.

Beschluss des Landesparteitags am 07. Mai 2011

Kommunal- und Landtagswahlrecht ab 16 jetzt!

Der demographische Wandel stellt junge und kommende Generationen vor die Herausforderung, sinkenden Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, von denen Sie in besondere Maß betroffen sind. Gleichzeitig festigt sich seit Längerem ein gefährlicher Trend abnehmender Wahlbeteiligung von Generation zu Generation.
Dabei hängt die Akzeptanz jedes demokratischen Systems mittel- bis langfristig entscheidend von der Integration junger Menschen in politische Prozesse ab. Die geringe Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe lässt sich hierbei nicht mit allgemeiner Politikverdrossenheit erklären, sondern liegt vielmehr in der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Form von Politikvermittlung durch die etablierten Parteien begründet. Diese konzentriert sich momentan verständlicherweise häufig auf den weit größeren und verlässlich an Wahlen teilnehmenden älteren Teil der Bevölkerung.
Die FDP Baden-Württemberg ist davon überzeugt, dass das politische Interesse junger Menschen sich in unserem gegenwärtigen demokratischen System fest verankern kann, wenn diese früher als heute in Verantwortung bei Wahlen und Abstimmungen genommen werden.
Daher fordern wir die Grün-Rote Landesregierung auf, entsprechend ihrer Wahlprogramme und Aussagen im Landtagswahlkampf das Wahlalter für das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Beschluss des Landesparteitags am 07. Mai 2011

Die FDP in der Opposition: kraftvoll, konstruktiv, liberal!

Die FDP/DVP Baden-Württemberg hat die Wahl am 27. März 2011 verloren. Das ist angesichts der sehr guten Regierungsbilanz der FDP nach 15 Jahren in Baden-Württemberg ein extrem enttäuschendes Ergebnis. Eine erste Analyse des Wahlergebnisses ist erfolgt. Es ist allerdings wichtig, das Ergebnis in den Gremien noch tiefergehend zu analysieren, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die letzten beiden Wochen vor der Landtagswahl waren geprägt von der Reaktorkatastrophe in Japan, landespolitische Themen waren nicht mehr zu transportieren. Dennoch liegen die Ursachen tiefer. Nach der Bundestagswahl hat die FDP viel Glaubwürdigkeit verloren. Auch wenn wir zwei Wochen vor der Wahl in Umfragen noch bei 7 bis 8 % lagen, sind wir bereits von niedrigen Umfragewerten gestartet. Die Werte im Land haben viel mit der Situation auf Bundesebene zu tun.

Aber auch das allein kann nicht der Grund für das schlechte Abschneiden im Land gewesen sein. Ein weiterer Grund liegt sicher auch darin, dass wir nicht klar genug machen konnten, warum die FDP in der Landesregierung gebraucht wird. Durch die Fehler und Schwäche des bisherigen Ministerpräsidenten Mappus ist eine Wechselstimmung aufgekommen. Der FDP ist es nicht ausreichend gelungen, auch wegen mangelnder Abgrenzung zur CDU, diese Stimmung aufzufangen. Bei Stuttgart 21 konnten wir unsere klare Haltung für das Projekt öffentlich nicht genug deutlich machen.

Wir werden jetzt die uns von den Wählerinnen und Wählern zugedachte Rolle der Opposition kraftvoll annehmen und alles daran setzen, als eigenständige Kraft der Freiheit wieder mehr Menschen in Baden-Württemberg für unser liberales Lebensgefühl zu begeistern. Dazu gehört, die FDP/DVP Baden-Württemberg inhaltlich wieder attraktiver für die Bürgerinnen und Bürger im Südwesten zu machen und sich als klare Alternative zum staatsgläubigen Kurs von Grün-Rot und der CDU zu profilieren. Dazu gehört aber auch, die Grün-Rote Landesregierung auf allen Feldern der Politik an ihren Wahlversprechen zu messen und sie inhaltlich Tag für Tag zu hinterfragen. Wir verstehen uns daher als konstruktive Opposition. Wo die Regierung Positionen aufgreift, die die FDP vertritt, kann sie mit der Unterstützung der FDP rechnen. Denn obwohl die FDP auf eine lange und sehr erfolgreiche Regierungsarbeit mit der CDU zurückblicken kann, gibt es auch einige Punkte insbesondere in der Bürgerrechts und Gesellschaftspolitik, bei denen sich die Liberalen in der Regierung nicht gegen das konservative Profil der CDU durchsetzen konnten. In einer Regierung ohne CDU-Beteiligung wird es deshalb einfacher sein, Reformen in diesen Bereichen durchzusetzen. Wir begrüßen es beispielsweise, wenn die grün-rote Regierungskoalition sich ebenso wie die FDP für eine individualisierte anonymisierte Kennzeichnung der Polizei bei sog. „Großlagen“, die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und ein bürgerrechtsfreundliches Versammlungsrecht einsetzt. Ebenso werden wir uns für die Absenkung des Quorums bei Volksentscheiden auf 20% einsetzen. Auch eine Reform des Landtagswahlrechts hin zu einem Zwei-Stimmen-Wahlrecht fordern wir ein. Wir werden die neue Regierung bei solchen Vorhaben unterstützen, aber auch darauf verpflichten, diese Versprechungen tatsächlich einzulösen.“

Wir haben einen klaren Wertekompass, der in die richtige Richtung weist. Wir müssen Themen nicht neu erfinden, wir müssen sie nur konsequent an unserem Grundkompass ausrichten, der Freiheit. Freiheit und Verantwortung, Bürgerrechte und faire Bildungschancen, soziale Marktwirtschaft und ökologische Modernisierung. Unsere Themen werden wir nicht über Bord werfen, aber an der einen oder anderen Stelle müssen wir nachsteuern. Es gilt jetzt

Kernkompetenzen zu stärken und die inhaltliche Wahrnehmung zu verbreitern. Unser Grundsatzprogramm und unser Wahlprogramm sind unsere Richtschnur für unsere Oppositionsarbeit. Die FDP/DVP Baden-Württemberg wird eine kritische, aber konstruktive Oppositionspolitik machen.

Am 27. April hat Grün-Rot Ihren Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg vorgelegt. Es ist ein Dokument der Mutlosigkeit und Bevormundung. Wir werden die grün-rote Landesregierung deshalb dort stellen, wo sie Fehler macht und in der Oppositionsarbeit einen Schwerpunkt auf folgende Themen legen:

Soziale Marktwirtschaft, Innovation und Finanzverantwortung

- Die FDP steht weiter für eine konsequente Mittelstandsorientierung der Wirtschaftspolitik. Baden-Württemberg ist Innovationsland Nr.1 und muss das auch in Zukunft bleiben. Dafür brauchen wir klare, verlässliche politische Rahmenbedingungen und keine Bevormundung der Wirtschaft durch die Politik.
- Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. Spätestens 2012 würden wir zur Nettonullverschuldung zurückkehren und sofort die Schuldenbremse in die Verfassung schreiben.
- Wir stehen weiter klar zu einer Neuregelung des Länderfinanzausgleiches. Wir wollen Fairness für die Menschen in Baden-Württemberg und fordern die Regierung auf, dies auf dem Klageweg zu erreichen.
- Wir haben bei unserem Eintritt in die Regierung ein Ministerium abgeschafft und diese Verschlankung auch die weiteren Legislaturperioden verteidigt.

<u>Grün-Rot geht einen anderen Weg:</u>
- Aufblähung der Regierung durch ein zusätzliches Ministerium.
- gleichzeitig schrumpft die Bedeutung der Wirtschafts- und Innovationspolitik durch Auflösung des eigenständigen Wirtschaftsministeriums.
- eine mutlose Konsolidierungsankündigung bis 2020, da Grün-Rot eine massive Ausgabensteigerung plant.
- unnötige Steuererhöhungen, etwa der Grunderwerbssteuer und der Gewerbesteuer.

Bürgerrechte verteidigen

- Die FDP steht für eine Kultur des Machens und gegen die Verbotskultur der Grünen, Roten und Schwarzen. Bürgerinnen und Bürger wollen nicht gegängelt werden und durch zu viel Bürokratie gebremst werden. Zu viele Verbote und Vorgaben schaffen Bürokratie und eine Mentalität der Abgabe von Verantwortung an Dritte oder den Staat. Dies entspricht nicht unserem Bild vom mündigen Bürger.
- Die FDP bekennt sich zu Ihrer Tradition als Graswurzeldemokraten. Wir werden in Zukunft verstärkt versuchen, diese Art der direkteren Demokratie zu praktizieren und Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger zu treffen. Wir wollen die weitere Stärkung von Bürgerinitiativen und die Absenkung der Hürden für Volks- und Bürgerentscheide, eine stärkere Transparenz behördlicher Entscheidungen und die bessere Beteiligung in Planverfahren. Die vorgesehene Direktwahl der Landräte begrüßen wir ausdrücklich.
- Wir wollen die Stärkung der individuellen Freiheits- und Persönlichkeitsrechte sicherstellen, z.B. beim Schutz von Arbeitnehmer- oder Verbraucherdaten, bei der Ausübung demokratischer Rechte bei Versammlungen wie zum Schutz der Presse.
- Wir wollen eine effektive, gut ausgestattete Polizei und Justiz erhalten.

- Das von der FDP/DVP-Landtagsfraktion mitgetragene nächtliche Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen war ein Fehler. Verbote lösen besonders im Bereich des Alkoholmissbrauchs keine Probleme, sondern verlagern diese nur. Wir wollen stattdessen die Präventionsarbeit verbessern und bei minderjährigen Störern die Eltern stärker zur Verantwortung ziehen. Aus den gleichen Gründen lehnen wir eine gesetzliche Eingriffsgrundlage für Kommunen ab, die es diesen ermöglicht, ganze Städte zu alkoholfreien Zonen zu erklären.

Grün-rot geht einen anderen Weg:

- Der Koalitionsvertrag atmet in vielen Bereichen den Geist der Gängelung. Eine Einschränkung von Freiheitsrechten unter dem Deckmantel der Energiepolitik oder anderer Bereiche ist nicht hinnehmbar.
- Die Koalition will die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.
- Grün-Rot will die kommunale Selbständigkeit im Planungsrecht unter dem Vorwand der Ökologie stark beschneiden.

Mehr Freiheit und Wettbewerb im Schulwesen

- Wir wollen die pädagogische Freiheit der Schulen im Land weiter stärken. Jede Schule soll eigenverantwortlich entscheiden können, was sie beibehalten und was sie ändern will. Die Schulaufsicht soll nicht weiter auf Gleichartigkeit aller Schulen einer Schulart dringen, sondern wie bei der Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft alles zulassen,
  was dem Maßstab der Gleichwertigkeit genügt.
- Die freie Schulwahl der Eltern und der Lehrer wollen wir gewährleisten, damit sich in den Schulen ein pädagogischer Konsens bilden kann.
- Wir wollen den Wettbewerb der Schulen um die Schüler, der mit dem demographisch bedingten Schülerrückgang entstehen wird, nutzen für eine stärkere individuelle Förderung jedes Kindes und die Hebung des allgemeinen pädagogischen Niveaus.
- Die Zuweisung der staatlich finanzierten Ressourcen soll so gestaltet werden, dass kein pädagogisches Modell vor anderen bevorzugt wird, damit alle Schulen unter fairen Wettbewerbsbedingungen arbeiten können. Eine stärkere Mittelzuweisung pro Schüler mit herkunftsbedingtem besonderem Förderungsbedarf sorgt dafür, dass sie im Wettbewerb der Schulen um Schüler keine Nachteile erleiden.
- Wir setzen uns weiter für innovative Schulmodelle auf regionaler Ebene ein. Diese müssen aber innerhalb verbindlicher Bildungsrahmenbedingungen ausgestaltet werden. Wir wollen die Schule im Ort lassen.
- Wir wollen die besten Studienbedingungen für Studierende. Zur Finanzierung dieser Ausstattung wollen wir nachlaufende Studiengebühren, bei denen erst nach dem Studium bei Überschreiten gewisser Einkommensgrenzen gezahlt werden muss. Dies sorgt für eine faire Beteiligung von Absolventen an der Finanzierung ihres Studiums.

Grün-Rot geht einen anderen Weg:

- Mit Gängelung und Zwang wird die Einheitsschule betrieben. Die neue Regierung befürch befürchtet, ihr Schulmodell wie in Hamburg nicht durchsetzen zu können. Um trotzdem die Umsetzung zu ermöglichen, wollen sie sämtliche Rahmenbedingungen für Schulen abschaffen. Dies führt zu schlechterer individueller Förderung der Schüler und zu einer Zersplitterung der Schullandschaft, die einen Umzug mit schulpflichtigen Kindern zukünftig selbst im eigenen Bundesland fast unmöglich macht.

- Eltern, Schüler und Schulträger verlassen sich auf die beschlossene Einführung der Werkrealschule. Die Kehrtwende der Regierung zur Abschaffung der Werkrealschule lehnen wir ab.
- Die Koalition will die Abschaffung der Studiengebühren. Die Einnahmeausfälle der Hochschulen sollen über eine Steuererhöhung kompensiert werden. Dies macht Studierende wieder zu Bittstellern der Hochschulverwaltung, und beseitigt ihren eigenen Anspruch auf bessere Studienbedingungen.

Gesellschaftspolitik und ländlicher Raum

- Die FDP steht für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und steht zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und – Betreuung.
- Wir brauchen eine weitere Stärkung des ländlichen Raums, damit die Attraktivität für Betriebe und Familien erhalten bleibt. Erhalt des differenzierten Schulsystems, gute Betreuungsmöglichkeiten sowohl für Kinder als auch für Pflegebedürftige und ausgebaute Verkehrwege sowie eine schnelle Datenautobahn auch für den ländlichen Raum sind unabdingbar.
- Aufgrund der künftig deutlich sinkenden Schülerzahlen werden viele ländliche Kreise vor Finanzierungsproblemen bei der Schülerbeförderung gestellt. Wir wollen die Ausgleichszahlungen des Landes neu regeln und die Belange ländlicher Flächenkreise besser berücksichtigen.
- Wir wollen eine am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgerichtete Integrationspolitik.
- Wir treten für die Stärkung der Freien Berufe, auch im Gesundheitswesen ein. Das Prinzip der niedergelassenen Ärzte hat sich bewährt.

<u>Grün-Rot geht einen anderen Weg:</u>
- Die Einheitsschule wird dafür sorgen, dass im ländlichen Raum die Schulen aus der Fläche verschwinden werden.
- Den Ausbau der Verkehrswege hat die Koalition explizit zurückgestellt. Der Koalitionsvertrag ist auch hier ein reines Großstadt-Programm.
- Grün-Rot will staatlich verordnete Gesundheitshäuser. Damit wird die freie Arztwahl für Patienten eingeschränkt.

Infrastruktur und ökologische Modernisierung

- Wir werden an Stuttgart 21 und dem menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn (Baden21) uneingeschränkt festhalten. Die Verbesserungen der Planungen aus der Schlichtung sollen bei Stuttgart 21 umgesetzt werden.
- Wir setzen uns für einen massiven Ausbau der Breitbandversorgung ein.
- Die erste Umweltbewegung in Deutschland war eine liberale. Wir haben uns die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie auf die Fahnen geschrieben und werden dies auch in Zukunft weiter betonen.
- Wir betreiben nach den Ereignissen in Japan einen schnellen, aber nicht hysterischen Umbau der Energieversorgung hin zu mehr erneuerbaren Energien, u.a. mit einem Landesenergiekonzept, das sowohl einen planvollen Ausbau der Windenergie fördert, als auch die bestehenden technischen Probleme löst (z.B. Speichertechnologie) und den Industriestandort Baden-Württemberg nicht gefährdet. Nirgends wird aufgrund hoher Standards und Auflagen die Natur schon jetzt besser geschützt als bei uns.
- Die FDP fordert eine Offenlegung der Kosten der Energiewende. Stromkostensteigerungen, die die Verbraucher über Gebühr belasten und Baden-

Württemberg als Industrie- und Produktionsstandort schwächen, sind zu verhindern. Sonst besteht die Gefahr, dass Unternehmen abwandern und mit ihnen die Arbeitsplätze. Wandern mit der Wirtschaft Arbeitsplätze ab, wird die Energiewende nicht gelingen.
- Während des Umbaus der Energieversorgung lehnen wir einen erhöhten Einkauf von Atomstrom aus dem Ausland - wie derzeit aus Frankreich - ab.
- Wir fordern das Bundeswirtschaftsministerium auf, das Programm zur Stärkung der Stadtwerke im Wettbewerb durch Förderung der Beteiligung an modernen, effizienten fossilen Kraftwerken wie im Herbst 2010 angekündigt umgehend umzusetzen.
- Wir wollen eine Beschleunigung von Planung und Bau von Leitungsnetzen und Speichertechnologie, um erneuerbare Energien ins Netz und zum Verbraucher zu bringen.
- Statt pauschaler Tempolimits sollten bestehende Verkehrsleitsysteme ausgebaut werden. So kann mit weniger Einfluss auf die individuellen Freiheitsrechte mehr Sicherheit und Umweltschutz gewährleistet werden.

Grün-Rot geht einen anderen Weg:
- Die neue Landesregierung will Straßen-Neubauten nur noch in begründeten Einzelfällen zulassen. Dadurch werden neue Umgehungsstraßen, die eine Lärm- und Feinstaubentlastung für die Bürgerinnen und Bürger bringen, verhindert.
- Grün-Rot will pauschale Tempolimits.
- Die Koalition rückt von Zusagen ab, die die alte Landesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beim Lärmschutz geleistet hat. Die breite Zustimmung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei Baden 21 basiert auch auf den versprochenen zusätzlichen Lärmschutz aus Landesmitteln.
- Grün-Rot setzt auf den planlosen Ausbau von gesetzlich geförderten Windenergieanlagen, die aufgrund der Netzinfrastruktur und mangelnder Speicher in Baden-Württemberg derzeit nicht genutzt werden können. Zunächst sollten wir die Schwachstellen des jetzigen Energiesystems, d.h. Speichertechnologie und Netze, engagiert angehen.

Packen wir´s an

Wir werden Grün-Rot an ihren Versprechungen messen und, dort wo notwendig, sinnvolle und bezahlbare Vorschläge entgegensetzen. Der vom grün-roten Koalitionsvertrag angekündigte Wechsel besteht aus einem Wunschkonzert zu Lasten zukünftiger Generationen.

Der Koalitionsvertrag verliert die Arbeitsplätze im Land aus den Augen und kostet vor allem viel Geld. Er ist insofern eine konsequente Weiterführung der beiden Wahlprogramme. Dafür werden die angekündigten Steuererhöhungen nicht ausreichend Mittel bringen. Die Haushaltskonsolidierung und das Erreichen der Nullverschuldung wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Mit dem grün-roten Koalitionsvertrag gerät die Spitzenstellung Baden-Württembergs in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation in Gefahr.

Die FDP wird der Anwalt derer sein, die gute Politik nicht als Vermehrung der Ausgaben, sondern als Vermehrung der Chancen und Freiräume der Bürger begreift. Wir werden eine konstruktive und kraftvolle Opposition sein, keine Dagegen-Partei, wie wir das in der Regierung von der damaligen Opposition erlebt haben.

Beschluss Landesparteitag 07. Mai 2011

Mehr Mitgliederbeteiligungsmöglichkeiten

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, eine mitgliederoffene Kommission zur Reform der Mitgliederbeteiligungsinstrumente, insbesondere Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung, einzusetzen. Diese soll bis zum nächsten Landesparteitag einen Beschlussvorschlag vorlegen.

Insbesondere soll ein Mitgliederentscheid über Personalfragen zu innerparteilichen und öffentlichen Wahlen ermöglicht werden.

Beschluss Landesparteitag 07. Mai 2011

Neue Führungsstruktur der FDP Baden-Württemberg

Der Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg wird aufgefordert zum Dreikönigsparteitag 2012 eine neue Führungsstruktur der Partei zur Abstimmung zu stellen. Darin müssen für den/die Vorsitzende(n), die Stellvertreter und den/die Parteisekretär(in) Aufgaben und Verantwortungen für den zukünftigen Ergebnisse der FDP in Baden-Württemberg definiert werden. Darüber hinaus ist ein Konzept zu entwickeln und vorzustellen, wie die Arbeit der Landesfachausschüsse z. Bsp. durch Öffnung für Außenstehende oder Zielvorgaben effizienter gestaltet werden kann.

Beschluss des Landesparteitags am 07. Mai 2011

Gute Opposition braucht noch vernetztere Strukturen

Nach der Landtagswahl sind die Ressourcen für die FDP/DVP Baden-Württemberg knapper geworden. Wir haben nun weniger Landtagsabgeordnete, keine Minister und Staatssekretäre mehr, die für die FDP nach außen wirken können. Es gilt also, die Kräfte in der Partei noch besser zu bündeln und die Parteistruktur weiter zu stärken, damit wir auch mit strukturellen Verbesserungen aus der Krise herauskommen. Ziel dieses Prozesses ist es, die FDP/DVP Baden-Württemberg nicht nur wegen der Inhalte, sondern auch wegen der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zur „attraktivsten" Partei in Baden-Württemberg bis zur Landtagswahl 2016 zu machen.

Der Landesvorstand setzt eine mitgliederoffene Kommission ein, die sich mit dem Thema „Organisation der Oppositionsarbeit" befasst und bis Dreikönig 2012 Vorschläge macht. Folgende Überlegungen könnten hier aufgegriffen werden:

- Verbesserung der Kampagnenfähigkeit der Partei
- stärkeres Einbeziehen der Partei vor Ort, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, in die Entscheidungsprozesse auf Landesebene, z. B.

    - durch Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen,
    - ein Mitglieder- und Bürgerportal im Internet,
    - Verkürzung von Antragsfristen für Landesparteitage und Absenkung von Quoren,
    - Landesprogrammatische Wochenenden ähnlich denen der Jungen Liberalen
    - Verbesserung und Verbreiterung der Informations- bzw. Kommunikationskanäle
    - die Öffnung des Mitgliedermagazins für Berichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden, von Veranstaltungen des Landesverbands und für (kontroverse) Diskussionsbeiträge der Mitglieder

- Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes (u.a. kommunale Wahlbeamte)
- Erstellung einer Neumitgliederbroschüre (Was ist die FDP BW? Ziele, Strukturen, Personen, Mitwirkungsmöglichkeiten...) sowie Neumitgliederkongress des Landesverbandes
- Vorschläge für innovative Veranstaltungsformen
- Neugliederung und Stärkung der Arbeit der Landesfachausschüsse und Kommissionen unter Einschluss einer verstärkten Mitarbeit von Landesvorstandsmitgliedern und Abgeordneten
- regelmäßige Berichte aus den Landesfachausschüssen über das Mitgliedermagazin, Homepage, Newsletter etc.
- verstärkte Einbindung der Vorfeldorganisationen
- Stärkung der Freiwilligenmitarbeit in der Landesgeschäftsstelle (z.B. Mitgliederbetreuung, Wahlkampfmithilfe, Mitgliederzeitung)
- Bessere Verzahnung zwischen Mandatsträgern auf den verschiedenen Ebenen (Datenbank, „instutionalisierter" Informationsaustausch)
- Ausschreibung eines jährlichen Ideenwettbewerbs für Orts- und Kreisverbände
- Regionale Ansprechpartner des Landesvorstandes
- Bessere Nutzung der Kontakte zu Verbänden und Organisationen im Land über FDP-Mitglieder
- Effizientes Zeitmanagement bei Landesparteitagen, um mehr Raum für inhaltliche Arbeit zu schaffen

- Zuordnung von Zuständigkeiten im Landesvorstand, bei den stellvertretenden Landesvorsitzenden und bei den Beisitzern
- Die Themenfindung bzw. -erarbeitung kann durch eine Mitgliederbefragung, aber auch durch eine Bereisung der Bezirke bzw. Kreise – ähnlich des Prozesses zum Grundsatzprogramm – geschehen.
- Zulässigkeit internetbasierter Parteiarbeit in Form von Gremiensitzungen , Beschlüssen und Abstimmungen.

Beschluss des Landesparteitags am 07. Mai 2011

Volksentscheide endlich auch auf Bundesebene

Ein bestimmendes Thema des vergangenen Landtagswahlkampfs war Form und Stil politischer Entscheidungsfindung. So ging es beispielsweise in der Auseinandersetzung um das Infrastrukturprojekte Stuttgart 21längst nicht mehr nur um das Projekt an sich, sondern auch um das Verhältnis von den Bürgern zu Politik und Entscheidungsträgern.
Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich zum System der repräsentativen Demokratie, das die gleichberechtigte Partizipation aller Bürger durch die Teilnahme an Wahlen sicherstellt.
Gleichwohl sehen wir die Notwendigkeit, dieses System um direktdemokratische zu Elemente zu erweitern, um einerseits durch eine stärkere Einbeziehung der Bürger in konkrete politische Entscheidungen das Verhältnis von Politik und Gesellschaft zu entspannen, andererseits aber auch von Ihnen die Übernahme von Verantwortung für getroffene Entscheidungen einzufordern.
Mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten wie Volksentscheide und Volksbegehren erhöhen in einer gefestigten Demokratie zudem auch die Akzeptanz politischer Entscheidungen insgesamt und sind deshalb eine längst überfällige Ergänzung unseres Staatswesens.
Die FDP Baden-Württemberg wird sich daher dafür einsetzen, die Möglichkeit für Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene einzuführen und eine entsprechende Initiative zur Verankerung im Grundgesetz anstoßen.